

lichen Maßnahmen zu ergreifen. Dementsprechend stellte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Mitte des Jahres 1957 die Fragen der Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates und der Änderung der Arbeitsweise der Mitarbeiter auf die Tagesordnung und entfaltete hierüber eine breite Diskussion, deren Ergebnisse ihren Niederschlag in der späteren Beschlußfassung durch die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik fanden. Genosse Ulbricht erläuterte in seinem richtungweisenden Referat auf der 32. Tagung des Zentralkomitees, ausgehend von dem erreichten Stand unserer Entwicklung, daß das Neue der Maßnahmen zur Vervollkommnung und Vereinfachung des Staatsapparates „in der einheitlichen Planung und Leitung sowie in der besseren Zusammenarbeit der zentralen Staatsorgane, in der weitgehenden Verlagerung der operativen Leitung der Produktion an die Basis und der bedeutenden Erhöhung der Verantwortung der staatlichen Organe in den Bezirken, Kreisen und Städten“ besteht. Er betonte, daß es dadurch zugleich möglich wird, „die Werktätigen selbst in noch umfassenderer Weise in die Mitarbeit zur Leitung des Staates und der Wirtschaft einzubeziehen“.1)

Gleichzeitig wurden durch die Massen selbst, die auf dem von der Partei gewiesenen Weg der sozialistischen Umgestaltung der Industrie und Landwirtschaft vorwärts drängen, die revisionistischen Anschauungen der Gruppe Schirdewan, Wollweber, Ziller und andere widerlegt. Daher fand auch der Beschluß des Zentralkomitees, in dem die Schädlichkeit der revisionistischen Plattform dieser Gruppe aufgedeckt wurde, die volle Zustimmung der ganzen Partei und auch der Werktätigen.

Im tiefen Gegensatz zu der konsequenten, demokratischen Entwicklung des volksdemokratischen Staates im Osten Deutschlands entwickelte sich in Westdeutschland als Machtinstrument der Monopolbourgeoisie der Bonner militaristisch-klerikale Obrighkeitsstaat, dessen Volksfeindlichkeit immer offener zutage trat. Das diesem Staat von seinen Gründern umgehängte Mäntelchen des bürger-

lichen Parlamentarismus, welches die Fiktion eines demokratischen Staatswesens erwecken sollte, ist angesichts des Widerstandes der westdeutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen die Bonner Politik, Westdeutschland zum Hauptkriegs-herd in Europa zu machen, immer mehr zerfetzt worden durch die zwangsläufig immer stärkere Hervorkehr offen faschistischer Herrschaftsmethoden. Darum wies auch der Genosse Ulbricht in seinem Referat auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz der SED in Babelsberg darauf hin, daß „es gilt, grundsätzlich zu begreifen, daß die Zerstörung der Demokratie im Bonner Staat und die Entfaltung der Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik Erscheinungsformen der Macht der Monopolbourgeoisie auf der einen, der Macht der Arbeiter und Bauern auf der anderen Seite sind“.1)

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß angesichts der gesetzmäßigen Verschärfung der Widersprüche im westdeutschen NATO-Staat die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik immer stärker der westdeutschen Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen das leuchtende Vorbild wirklicher Demokratie und die Anleitung zum Handeln sein werden. Daher haben auch alle unsere Maßnahmen zur weiteren Festigung und Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht einen zutiefst nationalen Inhalt.

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die große begeisterte Perspektive des Sieges des Sozialismus in historisch kürzester Frist auf die Tagesordnung gestellt. Im Ergebnis dieses Parteitages, der den Wünschen und Interessen aller demokratischen, fortschrittlichen Kräfte in Deutschland durch seine Beschlüsse Ausdruck verlieh, entwickelt sich eine große Bewegung, daß Millionen Menschen durch neue Produktionsverpflichtungen, die Anwendung sozialistischer Arbeitsmethoden und die Leistung nützlicher Taten auf allen Gebieten unseres sozialistischen Aufbaus bewußt und aktiv die Beschlüsse der Partei in die Wirklichkeit umsetzen. Aufgabe

1) Ebenda, S. 553.

1) Ebenda, S. 612.